



An die Stadt Walldorf
Frau Bürgermeisterin Christiane Staab
Nußlocher Straße 45
69190 Walldorf

08.03.2012

Antrag Ganztageschule

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Staab,

die heutige Lebensrealität junger Familien, in der beide Eltern berufstätig sind, erfordert eine ganztägige Betreuung der Grundschul Kinder. In Walldorf wird diese Betreuung derzeit über Kernzeit und Hort kommunal abgedeckt.

Die Stadt Walldorf kann als Schulträger den Antrag auf Einrichtung einer Ganztageschule – sei es in offener oder geschlossener Angebotsform – über das Staatliche Schulamt beim Regierungspräsidium unter Vorlage u. a. eines Gemeinderatsbeschlusses und einem von den Schulen erarbeiteten pädagogischen Konzept stellen. Das Regierungspräsidium entscheidet dann über diesen Antrag. Hierbei ist das Verfahren nach § 30 SchG i. V. mit § 22 SchG entsprechend anzuwenden.

Der Antrag auf Einrichtung einer Ganztageschule ist spätestens zum 1. November eines Jahres auf dem Dienstweg dem zuständigen Regierungspräsidium vorzulegen, damit die Entscheidung rechtzeitig bis zur Lehrerzuweisung des nächsten Schuljahres getroffen werden kann. Dies bedeutet, dass eine Einrichtung der Ganztageschule oder von Ganztageszügen zum Schuljahr 2013/2014 einen vollständigen Antrag bis zum 1. November 2012 erfordert.

Die SPD-Fraktion beantragt,

1. einen Gemeinderatsbeschluss herbeizuführen, mit dem der Gemeinderat den beiden Grundschulen und den Eltern vor Ort darlegt, dass der Schulträger die Einrichtung der Ganztageschule, bzw. von Ganztageszügen an den beiden Grundschulen wünscht, entsprechende Investitionen mit tragen wird, in enger Absprache auch die derzeitigen kommunalen Nachmittagsbetreuungsangebote in das Konzept mit einfließen lässt und die Schulen bittet, zeitnah ein Konzept vorzulegen, sodass der Gemeinderat im September 2012 darüber beraten kann.
2. Gleichzeitig muss die Stadt zur Planungssicherheit eine Bedarfsumfrage sowohl in den Kitas (Kinder des Jahrgangs 2007, 2008, 2009) als auch in den jetzigen ersten und zweiten Klassen der Grundschule durchführen, die zum Ziel hat, den Anteil der Eltern, die für ihr Kind ein Ganztagesangebot annehmen werden, festzustellen. Da diese Umfrage eventuell die Kapazität des FB1 überschreitet, bitten wir Haushaltsmittel für eine gegebenenfalls externe Beratung zur Verfügung zu stellen.

Da das Kultusministerium klare Fristen vorgibt, bitten wir um zeitnahe Behandlung unseres Anliegens, das aus informellen Gesprächen im Gemeinderat bereits Konsens ist.

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Zuber

Fraktionsvorsitzender